

FPÖ will dunklen Staat im Innenministerium aufdecken - Aufregung steigt!

Die FPÖ plant eine Untersuchung des Innenministeriums, während sie gleichzeitig den Corona-U-Ausschuss absagt. Werden Wahlversprechen gebrochen?

Die **FPÖ** plant als nächstes eine umfassende Untersuchung des Innenministeriums. Der Nationalratsklub der Partei erhebt dazu schwere Vorwürfe und spricht von vielen Unregelmäßigkeiten innerhalb des Ministeriums. Außerdem wird von einem „tiefen schwarzen Staat“ gesprochen, den es zu beleuchten gilt.

Der interne Entscheidungsprozess zur Festlegung der Untersuchungsgegenstände ist fast abgeschlossen. Aktuell spekuliert man, ob sich der Untersuchungsausschuss auch mit der Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek befassen könnte. Auch die Coronamaßnahmen der letzten Bundesregierung finden das Interesse der FPÖ, die hier auf Diskrepanzen aufmerksam machen möchte.

Widersprüche der FPÖ

Dennoch gibt es eine alarmierende Wendung in den Plänen der FPÖ. Laut einer internen Quelle der **MFG Österreich** plant die FPÖ keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen mehr. Diese überraschende Entscheidung wurde von der MFG scharf kritisiert, die der FPÖ vorwirft, ihre Rolle als Aufdeckerpartei für politische Machtinteressen zu opfern.

Manuel Krautgartner, Abgeordneter der MFG, betont, die FPÖ bricht ihre Versprechen, die sie im Wahlkampf abgegeben hat. Joachim Aigner, ebenfalls von der MFG, weist darauf hin, dass ein parlamentarischer U-Ausschuss umfassende Befugnisse hat und weitreichende Informationen bereitstellen könnte, während Kommissionen in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt sind.

Kritik und Forderungen

Die MFG fordert daher Transparenz, Verantwortungsübernahme und eine klare Reaktion auf die Corona-Maßnahmen, für die sie nicht nur die FPÖ, sondern auch die ÖVP zur Verantwortung ziehen will. Die MFG kündigte eine Pressekonferenz für den 5. Februar 2025 an, um über die gebrochenen Versprechen der FPÖ und die Notwendigkeit einer umfassenden Aufarbeitung der Corona-Vorkehrungen zu sprechen.

Zusätzlich zeigt die FPÖ auch in anderen Themenfeldern einen Kurswechsel. So war ursprünglich die Abschaffung der CO₂-Steuer im Gespräch, doch jetzt wurde lediglich der Klimabonus gestrichen. Ein Beispiel ist auch die unklare Haltung der FPÖ zu dem Thema „Sky Shield“ in den laufenden Regierungsverhandlungen.

Die kommende Untersuchung und die verworrenen Entwicklungen rund um die FPÖ werfen Fragen auf, die nicht nur die politischen Akteure, sondern auch die Wählerschaft beschäftigen. Die Diskussion um Transparenz und Aufarbeitung wird sicherlich weiterhin im Fokus der öffentlichen Debatten stehen.

Zusätzliche Informationen sind auch bei **Krone** zu finden.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at